

Nr. 4

April 2007

K

DAS GRÖSSTE FACHMAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS GEMEINDEN

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

**Wir sind
Österreich**

Dieser „Runde Tisch“ zum Thema „Städte und Gemeinden sowie Großstadtregionen im österreichischen föderalistischen System“ war Teil eines globalen Föderalismusdialogs. Das Programm des Dialoges möchte die Teilnehmer in einen vergleichenden Dialog über die Kernthemen des Föderalismus einbeziehen – ein Dialog, der weltweit geführt wird: außer Österreich nehmen an dem Programm noch Australien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Indien, Mexiko, Nigeria, Südafrika, Spanien, die Schweiz und die Vereinigten Staaten teil. Die Umsetzung erfolgt unter dem Dach des Forum of Federations and the International Association of Centers for Federal Studies (IACFS), einer gemeinnützigen NGO mit Sitz in Ottawa/Kanada, die damit einen Beitrag zur Stärkung demokratisch legitimer Politik- und Verwaltungsführung leisten möchte.

Der Vorsitzende des Institutes der Regionen Europas, Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger und der Leiter des Landes-Europabüros Salzburg, Dr. Andreas Kiefer, hatten als österreichische Koordinatoren die Aufgabe, auf

Daran, dass die kommunale Selbstverwaltung in Österreich vor allem für die zukünftige Entwicklung unseres Staatswesens ein Schlüsselement darstellt, bestehen keine Zweifel.

der Basis der Diskussion einer vielfältig zusammengesetzten Expertenrunde aus Politik, Wissenschaft und Praxis einen Länderbericht über Österreich zu verfassen. Der Länderbericht wird sich intensiv mit der Geschichte, den Strukturen und Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung auseinandersetzen. Letztlich entscheidet auch in Österreich der institutionelle, verfassungsrechtliche Rahmen über die Rolle der Städte und Gemeinden, insbesondere im Verhältnis zu Bund, Ländern, aber auch der Europäischen Union. Unbeschadet der Tatsache, dass oftmals die Größe einer Stadt oder Gemeinde wesentlich für ihre funktionelle Rolle in der Region ist, besteht in Österreich das Prinzip der sog. „Einheitsgemeinde“, wonach grundsätzlich allen Gemeinden (mit Ausnahme der Statutarstädte) die gleichen Aufgaben, Rechte und Pflichten zukommen. Auch im Rahmen des Österreichischen Dialogs zur kommunalen Selbstverwaltung wurde das Prinzip der „Einheitsgemeinde“ intensiv diskutiert und auch kritisch hinterfragt. Trotz der



Ein hochkarätiges Expertenpublikum diskutierte im Sitzungssaal der Kommunalkredit – im Bild rechts Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer zwischen Dr. Franz Schausberger und Wiens Vizebürgermeister a. D. Sepp Rieder – über die kommunale Selbstverwaltung. Für den Gemeindebund diskutierte Präsident Helmut Mödlhammer (Bild oben Mitte) mit.



Österreichs kommunale Selbstverwaltung im Globalcheck

Kritische Prüfung mit Bravour bestanden

Es ging um die zentralen Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, denen sich ein hochkarätiges Expertenteam aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung auf Einladung des Institutes der Regionen Europas (IRE) sowie des Forum of Federations (IACFS) Mitte März 2007 in den Räumen der Kommunalkredit in Wien stellte.

◆ Dr. Martin Huber

faktischen Grenzen, an welche dieses Prinzip im Hinblick auf die immer größeren Herausforderungen für die Kommunen stößt, wurde es von der Mehrheit der Experten dennoch als unverzichtbarer Baustein des kommunalen Selbstverwaltungsmodells in Österreich eingestuft. Einigkeit herrschte darüber, dass die verfassungsrechtlich verankerte und in der Praxis gelebte Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden eine der wichtigsten Grundlagen für ein verantwortungsvolles und demokratisch geführtes Staats-

wesen darstellt. Durch das Subsidiaritätsprinzip – die „höheren“ Ebenen (Bund, Länder) sollen nur dort in Erscheinung treten, wo Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft nicht von dieser in eigener Verantwortung bewältigt werden können – erfährt das Staatswesen ein Maximum an demokratischer Mitbestimmung und politischer Stabilität. Um diese Rolle effizient wahrnehmen zu können, war die verfassungsrechtliche Verankerung der Interessensvertretungen Gemeindebund und Städtebund ein wichtiger Schritt.

Am Ende des eintägigen Dialogs wurde einmal mehr deutlich, dass die österreichischen Kommunen vor enormen Herausforderungen – insbesondere im Sozialbereich und in der Daseinsvorsorge – stehen. Herausforderungen, die sie, wie Präsident Mödlhammer betonte, vor allem dadurch bewältigen können, indem sie die bestehenden Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation gezielt und effizient einsetzen. Einer „staatlich verordneten“ Zusammenarbeit werden ungleich geringere Erfolgsaussichten eingeräumt als dies bei einer freiwilligen Zusammenarbeit der Fall ist, die auch von der Überzeugung der beteiligten Gebietskörperschaften getragen wird.

Das Resümee

Die Veranstaltung des IRE hat die an sie selbst gestellte, hohe Zielsetzung in vollem Umfang erfüllt. Im Rahmen der Plattform war es möglich, weit über einen einfachen Gedankenaustausch hinaus, mit führenden Vertretern der Politik, Wissenschaft und Verwaltung des gegenwärtigen Systems der kommunalen Selbstverwaltung kritisch zu hinterfragen und – auch im internationalen Vergleich – auf den Prüfstein zu legen. Das Ergebnis des Dialogs ist ein klares Votum für das österreichische Modell der kommunalen Selbstverwaltung. Wie gut die Herausforderungen der Zukunft von den Städten und Gemeinden in Österreich bewältigt werden können, wird nach Einschätzung der Experten sehr wesentlich davon abhängen, wie weit die bestehenden Möglichkei-

ten der interkommunalen Kooperation – sowohl im hoheitlichen, als auch im privatwirtschaftlichen Bereich – verstärkt genutzt werden können. Auch angesichts steigender Belastungen und zunehmender Aufgabenbereiche der Kommunen wird es auch in Zukunft – jedenfalls aus der Sicht des Österreichischen Gemeindebundes – keine Alternative zum sog. Modell der österreichischen „Einheitsgemeinde“ geben. Die zunehmende Vernetzung und der immer einfachere und raschere Informationsaustausch bieten die erhebliche Chance einer nicht nur europäischen, sondern weltweiten Standortbestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aus der auch wichtige Rückschlüsse und Erkenntnisse für unsere eigene Zukunft gewonnen werden können.



◆ Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindeverbandes und Lehrbeauftragter für Gemeinderecht am Technikum Kärnten